

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 29. Jänner 1979

Blatt 228

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS  
ausgesendet:

Verleihung von Ehrenzeichen für kulturelle Leistungen  
Notstromaggregate werden laufend überprüft,  
Sicherheit gewährleistet  
Sicherung der Wiener Erholungsgebiete: Landschafts-  
schutzgebiet Unterer Prater

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Gemeinderat  
Wieden will Vorrang für Wohnungen  
Entschädigung für Schneeschaufler erhöht

Kultur:  
(gelb)

Preise der Stadt Wien 1979

Nur über FS:

28.1. Giftiger Stoff ausgetreten: Feuerwehrmann  
mußte in Spital gebracht werden  
29.1. Bürgermeister-Pressegespräch am Freitag



.....  
 bereits am 26. jaenner ueber fernschreiber ausgesendet  
 .....

k u l t u r :

=====

verleihung von ehrenzeichen fuer kulturelle leistungen

18 wien, 26.1. (rk) im wappensaal des wiener rathauses ueber-  
 reichte freitag nachmittag vizebuergenmeisterin gertrude  
 f r o e h l i c h - s a n d n e r ehrenzeichen an persoenlichkeiten  
 die sich auf kulturellem gebiet ausgezeichnet haben.

direktor i.r. fritz r i b a r ist mitglied und fuehrender  
 funktionaer des wiener maennergesangsvereines. er verwaltet die  
 wertvolle handschriftensammlung des vereines. ihm wurde das  
 silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien verliehen.

das goldene verdienstzeichen des landes wien erhielten:  
 rudolf d o l e z a l (er hat fuehrende funktionen im wiener  
 maennergesangsverein inne, ist verantwortlich fuer dessen narren-  
 abend und **Landespraesident** fuer wien des bundes oesterreichischer  
 faschingsgilden), friedrich a l l m a y e r (ein polizeibeamter,  
 der sich als schauspieler, regisseur und theaterleiter engagiert.  
 er gruendete 1963 die vivarium buehne wien), renée  
 b r o n n e c k - u h l e n h u t h (sie hielt im ausland viele  
 vortraege ueber wien, wiener musik und oesterreich und hat damit eine  
 betraechtliche werbung fuer wien und oesterreich geleistet), seit  
 mehr als 30 jahren sind margarete f r i e s und hilde  
 s o c h o r bekannte und beliebte volkstheater-schauspieler. der  
 letzte ausgezeichnete war anton s t r o b l , seit 1959 einer der  
 drei weit ueber die grenzen wiens und oesterreichs hinaus ge-  
 schaezten "spitzbuben".( and)



.....  
bereits am 26. jaenner ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

notstromaggregate werden laufend ueberprueft,  
sicherheit gewaehrleistet

19 wien, 26.1. (rk) zu der freitag im fpoe-pressediens auf-  
stellten forderung, die notstromaggregate der wiener spitaeler  
zweimal jaehrlich durch das sicherheitskontrollamt mittels  
eines probealarms zu ueberpruefen, stellte gesundheitsstadtrat  
univ.-prof. dr. alois s t a c h e r fest: eine kontrolle,  
die zweimal jaehrlich durchgefuehrt wird, wuerde die sicherheit  
nicht ausreichend gewaehrleisten, da er bereits vor jahren  
die weisung gegeben habe, diese aggregate zweimal pro monat zu  
ueberpruefen. diese weisung werde auch streng befolgt. eine unange-  
kuendigte willkuerliche ausschaltung der stromzufuhr zur ueber-  
pruefung der notstromaggregate ist aber aus medizinischen gruenden  
bedenklich, weil an die notstromaggregate vor allem die lebens-  
wichtigen apparaturen angeschlossen sind. durch die mit der unange-  
kuendigten ausschaltung verbundene stoerung des medizinischen be-  
triebes in den nicht so wichtigen bereichen wuerden derartige kon-  
trollen sowohl die patienten als auch das personal beeintraechtigen,  
was zweifellos mit einem klaglosen und humanen spitalsbetrieb  
nicht in einklang zu bringen ist.

beueglich der situation an der klinik deutsch im allgemeinen  
krankenhaus stellte stacher fest, dass das zitierte notstromaggregat  
erst auf seine weisung eingebaut wurde, sich aus sicherheitsgruenden  
jedoch nicht in betrieb befand. wie stacher in diesem zusammenhang  
mitteilte, habe er jedoch dafuer gesorgt, dass dieses geraet ab so-  
fort zunaechst einmal provisorisch in betrieb genommen wird, so dass  
auch hier jede gefahr in medizinischer hinsicht ausgeschlossen ist.

(z1)

1607



.....  
 bereits am 27. jaenner 1979 ueber fernschreiber ausgesendet  
 .....

k o m m u n a l :

=====

sicherung der wiener erholungsgebiete:

landschaftsschutzgebiet unterer prater

5 wien, 27.1. (rk) ein weiteres attraktives erholungsgebiet der wiener wird nun vor zerstoerenden eingriffen geschuetzt: der untere prater, das ist der bereich des praters zwischen ostbahn, handelskai, hafenzufahrtstrasse, seitenhafenstrasse und schuettelstrasse, wird durch eine eigene verordnung zum landschaftsschutzgebiet erkluert, stellte stadtrat peter s c h i e d e r gegenueber der "rathaus-korrespondenz" fest.

"damit wird nach der lobau innerhalb kurzer zeit ein weiteres wichtiges erholungsgebiet in wien gesichert", betonte schieder. "mit inkrafttreten der prater-verordnung koennen auch eingriffe, die geeignet sind, den charakter der landschaft des unteren praters zu zerstoeren, durch die naturschutzbehoerde besser als bisher verhindert werden".

im unteren prater befinden sich nicht nur urspruengliche auwaldbestaende - der prater selbst ist eine alte donauinsel mit insgesamt 700 hektar grossen auwaldbestaenden -, sondern auch ausgedehnte wiesenflaechen, die bereits historische anlage des rennplatzes freudenau, das naturdenkmal krebsen- und mauthnerwasser und die anlage um das lusthaus mit ihren sternfoermig angelegten alleen.

bis in das 16. jahrhundert war der prater eine im wesentlichen unberuehrte auandschaft, die als jagdgebiet diente. 1537 wurde die hauptallee, heute beliebtes ziel der spaziergaenger und radfahrer, angelegt. weitere alleen folgten. kaiser maximilian (roem.) 2 liess den prater als wildpark ausbauen, und 1776 gab josef (roem.) 2 den prater fuer die wiener bevoelkerung frei (uebrigens: schon wenige jahre spaeter, 1782, wurden im prater 43 gaststaetten gezaehlt). durch die donaufregulierung im 19. jahrhundert wurde allerdings der



wasserhaushalt der auen veraendert, heute sind praktisch nur noch reste der ehemaligen altarme vorhanden. durch rege bautaetigkeit und die errichtung von sport- und kleingartenanlagen inmitten des praters wurde das erholungsgebiet fuer alle wienerinnen und wiener eingeengt, heute ist nur noch ein drittel der zur zeit der donaufregulierung verbliebenen flaeche der praterauen auwald oder typisches wiesengelaende. eine eigene reitordnung fuer den prater zum schutz der spaziergaenger trat 1977 in kraft.

#### nun gesamter prater unter schutz

"durch die erklaerung zum landschaftsschutzgebiet werden nun sowohl die noch weitgehend natuerlichen als auch die von der gestaltung her bereits historischen teile entsprechend dem naturschutzgesetz gesichert und erhalten werden", erklarte schieder. "damit ist nun, mit wenigen ausnahmen, der gesamte prater einschliesslich des wurstelpraters landschaftsschutzgebiet".

zum landschaftsschutzgebiet koennen bereiche mit hervorragender landschaftlicher schoenheit oder besonderem gepraege und gebiete, die fuer erholung beziehungsweise fremdenverkehr bedeutung haben, erklart werden. in landschaftsschutzgebieten sind eingriffe, die den gesamtcharakter der landschaft veraendern koennen, nur mit genehmigung der naturschutzbehoerde zulaessig. der naturschutzbehoerde muessen auch alle bauvorhaben noch vor einholung der baubewilligung beziehungsweise vor der anzeige an die baubehoerde bekanntgegeben werden - damit kann zum beispiel schon die errichtung von traglufthaellen verhindert werden. ebenso koennen massnahmen zur erhaltung des landschaftsbildes angeordnet und vorhaben, die schaedigende rueckwirkungen auf landschaftsbild und landschaftshaushalt - bodenbildung, grundwasserfuehrung, fauna und flora - haben koennten, verboten werden.

die entsprechende verordnung der wiener landesregierung wird in wenigen tagen in den magistratischen bezirksaemtern ausgehaengt und im amtsblatt der stadt wien veroeffentlicht. der genaue termin des inkrafttretens wird mit dem beschluss der landesregierung festgesetzt. (hs)



k u l t u r :

=====

preise der stadt wien 1979  
fuer kunst, wissenschaft und volksbildung

1 wien, 29.1. (rk) die stadt wien vergibt seit 1947 alljaehrlich preise fuer hervorragende leistungen auf dem gebiet der literatur, publizistik, musik, bildende kunst, geistes- und naturwissen-schaften und volksbildung. die preise werden als wuerdigung fuer ein lebenswerk verliehen, das geeignet ist, die bedeutung wiens und oesterreichs als pflegestaetten der kunst, wissenschaft oder volksbildung hervorzuheben. die preise der stadt wien koennen nur an einzelpersonen - auch an auslaender - verliehen werden. von zuerkennung eines preises sind leistungen ausgeschlossen, die bereits mit einem preis der stadt wien ausgezeichnet wurden. ebenso sind von der verleihung des preises fuer musik (komposition) werke der blossen unterhaltungsmusik sowie bearbeitungen fremder werke ausgeschlossen.

bewerbungen sind unter beischluss eines ausfuehrlichen lebenslaufes sowie eines vollstaendigen verzeichnisses (kataloges) ueber werk bzw. publikation spaetestens bis 15. maerz an das kulturamt der stadt wien, 1082 wien, friedrich schmidt-platz 5, zu richten.  
auskunft: 42 800 /2719 durchwahl. (red)

0834



k o m m u n a l :

=====

## wiener gemeinderat (1)

4 wien, 29.1. (rk) unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) trat montag der wiener gemeinderat zu einer sitzung zusammen. die sitzung wurde mit einer fragestunde eingeleitet.

1. anfrage von gr. h a u b e n b u r g e r (oevp), wie weit die verhandlungen zwischen bund und stadt wien ueber die nutzung der flaechen unter der trasse der suedost-tangente fuer lkw-abstellplaetze gediehen sind.

buergenmeister g r a t z : diese flaechen sind fuer eine nutzung, unter umstaenden nicht nur fuer lkw-abstellplaetze, sondern auch fuer lagerzwecke oder andere gewerbliche zwecke, vorgesehen. verhandlungen mit dem bund sind im gang. auf die zusatzfrage, ob der entwurf fuer einen bestandsvertrag dem bautenministerium schon vorgelegt worden sei, antwortete gratz, dass derzeit verhandlungen ueber dessen inhalt gefuehrt werden. auf eine zweite zusatzfrage, ob in baelde mit einem vertragsabschluss zu rechnen sei und ob auch er, gratz, der meinung sei, dass lkw-abstellplaetze fuer die wiener wirtschaft wichtig sind, erklarte gratz, dass diesbezieglich inhaltlich uebereinstimmung bestehe.

2. anfrage von gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp), ob buergenmeister gratz bereit sei, im wege einer volksabstimmung die bevoelkerung zu fragen, ob der bau der zwei donaukanalbruecken und damit die sperre des innenrings vor dem bau der brigittenauer bruecke vorrang haben soll.

buergenmeister g r a t z : da es sich dabei um keine alternativprojekte handelt, besteht keine absicht, eine volksabstimmung durchzufuehren. auf zusatzfragen, wann die uraniabruecke vom bautenministerium genehmigt worden sei beziehungsweise wann mit dem baubeginn zu rechnen sei, antwortete gratz, dass fuer alle drei projekte die generelle planung abgeschlossen und die detailplanung in der gruppe bauten weit fortgeschritten sei, so dass mit einem fruehestmoeglichen baubeginn zu rechnen ist.

3. anfrage von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), ob stadtrat schieder die auffassung teilt, dass der paragraph 19 der geschaeftsordnung fuer die bezirksvertretungen im widerspruch zur



wiener stadtverfassung steht.

stadtrat s c h i e d e r (spoe): wenn der bezirksvorsteher als vorsitzender fungiert, so hat er aufgrund der geschaeftsordnung tatsaechlich ein dirimierungsrecht. diese befugnis steht moeglicherweise im gegensatz zur wiener stadtverfassung. auf die zusatzfrage, welche konsequenz er aus diesem widerspruch ziehen werde, antwortete schieder, dass sowohl die geschaeftsordnung als auch die verfassung vom gemeinderat beschlossen wurde. es liege an den gemeinderaelen, antraege zu stellen. er wuerde einen entsprechenden antrag sofort der behandlung im zustaendigen ausschuss zufuehren. auf die zweite zusatzfrage, ob er mittlerweile ein rechtsgutachten des verfassungsdienstes einholen wolle, antwortete schieder, dass es ohnehin unbestritten sei, dass ein gegensatz zwischen den normen der geschaeftsordnung und der verfassung besteht, dass jedoch beide vom gemeinderat beschlossen worden sind.

4. anfrage von gr. dr. n o w a k (spoe), ob ein projekt zur baumbewaesserung aus dachrinnen ueberlegt wird.

stadtrat s c h i e d e r (spoe): ja. baeume in der grosstadt leiden weltweit unter dem problem der trockenheit. wien hat verschiedene massnahmen dagegen gesetzt, so die vergroesserung der beete und das verbot beziehungsweise die einschraenkung der salzstreuung. jetzt wird auch erprobt, das regenwasser aus dachrinnen fuer die baumbewaesserung zu nutzen. zwei versuchsanlagen - in floridsdorf und in donaustadt - stehen vor der fertigstellung. die nutzung des regenwassers in den dachrinnen ist sicherlich kein modell fuer ganz wien, sondern eine moegliche massnahme unter anderen, geeignet fuer bestimmte faelle. auf die zusatzfrage, ob weitere solche anlagen geplant sind, antwortete schieder, dass dies vom erfolg der versuchsprojekte abhaenge. wien erprobt diese bewaesserungsmethode als erste stadt der welt. (ger) (forts)

1112

wiener gemeinderat (2)

5 wien, 29.1. (rk) 5. anfrage von gr. s a l l a b e r g e r (spoe), welche forderungen die stadt wien an die im ausgleich stehende holzverwertungsgesellschaft in deutschlandsberg hat?

stadtrat s c h i e d e r: durch die naturkatastrophen im jahr 1976 fielen vor allem in den quellschutzgebieten auf der rax



und am schneeberg grossen mengen von windwurfholz an. die auf-  
arbeitung und der verkauf des holzes erfolgten zuegig. an die holz-  
verwertungsgesellschaft in deutschlandsberg wurden rund 156.000  
festmeter holz um 42 millionen schilling verkauft. obwohl die firma  
nun im ausgleich ist, hat die stadt wien alle betraege erhalten, da  
die sparkasse deutschlandsberg vertragsmaessig als buerge auftrat.  
es besteht lediglich eine restforderung von zwei millionen. es gibt  
keine bedenken, dass sie auch nicht rechtzeitig bezahlt wird.

6. anfrage von gr. f u e r s t (oevp), was geschehen wird, um  
die wiener waehlerevidenz auf den letzten stand zu bringen?

stadtrat s c h i e d e r : die waehlerevidenz ist ein spiegel  
dessen, was sich in der meldevidenz abspielt. ursachen fuer fehler  
liegen zumeist bei der meldevidenz. die waehlerevidenz wird gemaess  
den gesetzlichen vorschriften gefuehrt. gr. fuerst erwaehnte in  
einer zusatzfrage eine aussendung der katastrophenhilfe oester-  
reichischer frauen an 700.000 wiener, von denen 40.000 aussendungen  
retuorniert wurden. stadtrat schieder erklaerte sich bereit, diese  
retouren zu uebernehmen. er wird allerdings ueberpruefen lassen, ob  
die oevp berechtigt war, die waehlerevidenz an die katastrophenhilfe  
oesterreichischer frauen zu uebergeben. auf eine zweite zusatz-  
frage, ob er bereit sei, jene leute zu verstaendigen, die von  
amts wegen von der waehlerevidenz gestrichen werden, sagte schieder  
zu, diese frage pruefen zu lassen.

7. anfrage von gr. dkfm. b a u e r (fpoe), welche sicherheits-  
vorkehrungen fuer den fall eines hochhausbrandes getroffen wurden.

stadtrat s c h i e d e r : es sind zwei "sprungbretter" vor-  
handen, die spruenge aus einer hoehe von 50 meter zulassen, es gibt  
spezielle leitern, mit den bundesdienststellen wurden feste ver-  
einbarungen ueber den einsatz von hubschraubern und rettungsnetzen  
getroffen, es gibt atemschutzgeraete mit einer wirkungsdauer bis  
zwei stunden und die loeschgeraete sind fuer den hohen druck, wie er  
fuer den einsatz von hochhausbraenden erforderlich ist, ausgelegt.  
der brand am parkring war keine katastrophe, es fehlten die spezi-  
fischen merkmale eines hochhausbrandes. auf die zusatzfrage,  
warum die atemschutzgeraete bei diesem brand erst 15 bis 20 minuten  
nach dem eintreffen der ersten feuerwehrleute zum einsatz kamen,  
antwortete schieder, dass die feuerwehrleute nur so schnell dort  
sein konnten, weil sie kein atemschutzgeraet mithatten. diese



leute haben ueberpruefungs- und meldefunktionen. wuerden sie atemschutzgeraete mitfuehren, koennten sie erst spaeter mit dem atemschutztrupp eintreffen. auf eine zusatzfrage, ob mehr information ueber das verhalten bei braenden und mehr alarmuebungen guenstig waeren, antwortete schieder, dass dies sicherlich notwendig ist. die fpoe hat allerdings einen postwurf, der sich mit diesen fragen beschaeflige, im ausschuss vor einem jahr abgelehnt.

8. anfrage von gr. f r e i n b e r g e r (spoe) ueber die erfahrungen der glas- und altpapiersammlung. stadtrat n i t t e l (spoe): bis 25. jaenner 1979 wurden 4,302.812 kilogramm altglas gesammelt, es wurden 502 behaelter aufgestellt. die ersten drei monate der altpapiersammlung im 21. und 22. bezirk brachten 87 tonnen altpapier in 850 behaeltern. die behaelterform soll noch verbessert werden. auf die erste zusatzfrage ueber die ausweitung der aktion antwortete nittel, dass es vorgesehen sei, mehr gefaesse fuer die sammlung von altglas aufzustellen. derzeit sei nicht daran gedacht, die aktion auch auf andere stoffe auszudehnen.

9. anfrage von gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe) ueber die ueberpruefung der geschaeftsleute auf dem mexikoplatz. stadtrat n i t t e l (spoe): am 12. jaenner 1979 habe er das marktamt angewiesen, verschaeerfte kontrollen durchzufuehren, ein bericht darueber liege in drei wochen vor. auf die zusatzfrage ueber die zusammenarbeit mit dem bezirk antwortete nittel, dass gerade die zusammenarbeit mit dem bezirk eine voraussetzung der ueberpruefungen sei. auf die zweite zusatzfrage fuehrte nittel aus, dass die ueberpruefungen des marktamtes auch an sonn- und feiertagen durchgefuehrt wuerden.

10. anfrage von gr. maria k u h n (spoe) ueber den einsatz des bundesheeres bei schneefall. stadtrat nittel antwortete, dass der einsatz des bundesheeres im wehrgesetz verankert sei und dass dieser einsatz bei einem schneefall von 16 zentimeter pro stunde, wie dies in wien der fall war, nicht gerechtfertigt sei. der lohn fuer die schneeschaefler sei ab sofort auf 27 schilling untermittags und 30 schilling waehrend der nachtstunden angehoben worden.

11. anfrage von gr. h o l u b (spoe) ueber die beliebtheit der drei neuen hallenbaeder. stadtrat n i t t e l : durch die er-



richtung der drei neuen hallenbaeder sei das publikumsinteresse stark gestiegen. in allen drei hallenbaedern gibt es umkleidekabinen fuer versehrte, im hallenbad doebeling einen niveaugleichen eingang fuer rollstuhlbenuetzer. auf die frage nach dem weiteren ausbau des baederprogramms antwortete nittel, dass die naechsten drei hallenbaeder in der brigittenau, in floridsdorf, in der grossfeldsiedlung und in donaustadt, kagran, errichtet werden. noch heuer in betrieb genommen wird das hoepflerbad in atzgersdorf. (ba) (forts.)

1222

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

6 wien, 29.1. (rk) 12. anfrage von gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oepv) ueber die anhaengigen verfahren im bereich der wiener holding, insbesondere der ehemaligen bauring ges.m.b.h. und der gesiba.

stadtrat m a y r : im bereich der holding und der ehemaligen bauring ges.m.b.h. sind drei strafverfahren - gegen wawrowetz und zoellner, gegen martinuzzi und gegen ursprunger - sowie zwei zivilprozesse, unter anderem wabvg gegen ursprunger, wabvg gegen wawrowetz und zoellner, zwei verfahren in sachen beficor sowie pensionsansprueche an die wabvg anhaengig. im bereich der gesiba sind drei strafverfahren - anzeige der wabvg gegen dr. muchna, anzeige der wabvg gegen roman koehle wegen der transaktionen eslarn-gasse und anzeige von dr. steger gegen babak, marek und konsorten anhaengig. ausserdem laeuft ein zivilverfahren, und zwar eine klage der gesiba gegen die baufirma rella. die genaue liste der anhaengigen verfahren las mayr in der fragestunde vor.

auf die erste zusatzfrage nach einer willensaenderung des eigentuemervertreeters an die holding antwortete stadtrat mayr: eine derartige willensaenderung ist bereits erfolgt, die holding hat vom eigentuemervertreter den auftrag, die erhebungen raschest durchzufuehren und alle notwendigen schritte einzuleiten, um eine endgueltige klaerung im interesse aller betroffenen einzuleiten. zweite zusatzfrage: gibt es teilergebnisse der verfahren? stadtrat mayr: mir sind teilergebnisse nicht bekannt.

./.



13. anfrage von gr. ing. otto k r e i n e r (oevp) ueber den stand der verhandlungen zwischen bund und stadt wien bezueglich der finanzierung der u 3.

antwort stadtrat m a y r : die verhandlungen ueber den bau der fuer den innerstaedtischen verkehr wichtigen u 3 zwischen finanzministerium beziehungsweise anderen dienststellen schreiten zuegig voran und werden rechtzeitig abgeschlossen werden. erste zusatzfrage nach der beruecksichtigung der baukostensteigerungen. stadtrat m a y r : ich will dem verhandlungsergebnis nicht vorgeifen, verstehe jedoch die zusatzfrage nicht, da der oevp-klubobmann ja auf dem standpunkt steht, dass man einen absoluten betrag von einer milliarde schilling als verhandlungsziel setzen sollte. zweite zusatzfrage nach der beruecksichtigung der wertsicherung und der rechtzeitigen verstaendigung des gemeinderats vom verhandlungsergebnis. stadtrat m a y r : ich bedaure, dass diese interpretation (wertsicherung) der aeusserungen des oevp-klubobmanns erst jetzt erfolgt, da sie uns bei den verhandlungen wenig freude bereitet hatten. vom ergebnis der verhandlungen wird der wiener gemeinderat selbstverstaendlich rechtzeitig informiert. (hs) (forts.)

1226

wiener gemeinderat (4):

#### tagesordnung

9 wien, 29.1. (rk) nach schluss der fragestunde wurde die sitzung mit der behandlung der tagesordnung fortgesetzt. dem gemeinderat lag eine schriftliche a n f r a g e der fpoe vor. weiters lagen a n t r a e g e der oevp ueber die kennzeichnung der kurzparkzonen, ueber einen grundtausch mit dem bund, ueber die verbesserung der kundmachungsform ueber wahlberechtigte, ueber eine erleichterung bei der ausstellung von netzkarten fuer behinderte, ueber die einfuehrung einer seniorennetzkarte und ueber den einbau von aufzuegen in stadtbahn- und u-bahn-stationen vor. von der fpoe lagen antraege ueber die schulmilchnaktion und ueber die ueberwachung der einhaltung der vorschriften fuer die waermedaemmung bei Neubauten vor. die oevp richtete eine dringliche a n f r a g e an den buergermeister ueber die umbildung des stadt-



senates. die bezirksvertretung des 1. bezirkes stellte an -  
t r a e g e ueber eine aenderung des paragraphen 21 der geschaefts-  
ordnung der bezirksvertretungen und ueber den bau der u 3.

gr. b r a u n (spoe), der aus dem gemeinderat ausgeschieden  
ist, wurde der dank ausgesprochen. an seine stelle wurde oswald  
s t r a n g l in den gemeinderat berufen.

#### kreditaktion fuer gasleitungen

gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) stellte den antrag, den  
magistrat zu ermaechtigen, im rahmen einer neuen kreditaktion zur  
finanzierung der instandhaltung beziehungsweise erneuerung von gas-  
und lichtleitungen in wohnhaeusern eine ausfallsbuergschaft von  
zwanzig millionen schilling zu uebernehmen.

gr. dkfm. a m m a n n (oevp) bezeichnete die kreditaktionen  
als sehr positiv. bei einer verantwortungsvolleren politik waere sie  
allerdings gar nicht notwendig geworden. bereits vor beginn der erd-  
gasumstellung sei klar gewesen, dass die sanierung des rohrnetzes  
notwendig sei und dass viele steigleitungen dem erhoekten druck  
nicht standhalten wuerden. es wurde aber nichts unternommen, das  
problem wurde verniedlicht, obwohl die zahl der rohrbrueche, der un-  
dichten muffen sowie der stoerungen und gebrechen seit 1970 enorm ge-  
stiegen sei. auch loese die neue kreditaktion nicht das ganze pro-  
blem. die hauszuleitungen befinden sich im eigentum der hauseigen-  
tuemer. ammann stellte den a n t r a g , dass die stadtwerke die  
kosten fuer die instandhaltung der zuleitungen uebernehmen, um unzu-  
mutbare belastungen zu vermeiden. weiters brachte ammann einen  
z u s a t z a n t r a g ein, die ausfallsbuergschaft nicht nur bei  
der zentralsparkasse, sondern auch bei anderen kreditinstituten zu  
uebernehmen.

mit dieser neuen kreditaktion beweise die stadt wien, dass sie  
dort hilft, wo der einzelne versagt und dadurch die gemeinschaft in  
mitleidenschaft gezogen wird, erklaehte gr. l u s t i g (spoe).  
der hausherr, der in dem betroffenen haus meist gar nicht wohnt,  
unternimmt oft nichts. mit der neuen kreditaktion kann geholfen wer-  
den, wenn der wille zur instandsetzung vornanden ist.

ing. h o f s t e t t e r (spoe) verwies in seinem schluss-  
wort darauf, dass die leitungen in den haeusern bei der erdgasum-



stellung einer dichteitspruefung unterzogen wurden.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen. der oevp-antrag betreffend die uebernahme der instandhaltungskosten durch die stadtwerke wurde einstimmig dem gemeinderatsausschuss fuer verkehr und energie zugewiesen. der oevp-zusatzantrag betreffend die uebernahme der ausfallsbuergschaft wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. (ger) (forts.)

1248

wiener gemeinderat (5):

subvention an wiener jugendkreis

10 wien, 29.1. (rk) eine subvention von 12,6 millionen an den wiener jugendkreis beantragte gr. h a n k e (spoe). gr. prohaska (oevp) kritisierte den einfluss den die spoe auf den wiener jugendkreis nimmt. folgen dieses einflusses sind, dass die katholische, die evangelische jugend und der mittelschuerlerkartellverband nicht aufgenommen werden, dass beim maifest missbrauch mit steuergeldern getrieben wird, und dass versucht wird, die unterlagen fuer die jugendleiterschulung einseitig doktrinaer zu gestalten. gr. h a n k e (spoe) erklaerte als berichterstatter, dass es der oevp vorbehalten blieb, bei der eroeffnungsfeier des ferienclubs wahlwerbung zu betreiben. der vorstand des vereines setzt sich aus einem personenkomitee zusammen. es ist nicht moeglich, jede organisation, die durch den verein gefoerdert wird, in den vorstand aufzunehmen. das maifest findet grosse zustimmung, es nehmen die verschiedensten jugendorganisationen daran teil. die lehrplaene fuer die jugendleiterschulung werden von den jungen leuten selbst erstellt, man sollte nicht von aussen einfluss nehmen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

(sei) (forts)

1250



n u m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

subvention fuer wiener festwochen

11 wien, 29.1. (rk) eine subvention fuer die wiener festwochen 1979 in der hoehe von 25 millionen beantragte frau gr. gertrude s t i e h l (spoe).

gr. marilies flemming (oevp) bekundete das grundsuetzliche einverstaendnis ihrer partei zu der abhaltung von wiener festwochen, nur muessen die fragen nach der zukuenftigen durchfuehrung und programmgestaltung diskutiert werden. von jahr zu jahr haben die wiener festwochen an feierlichkeit und glanz eingebuesst. eine moegliche loesung waere beispielsweise das modell berlin, wo die festwochen in fuenf bloecke zergliedert ueber das ganze jahr verteilt werden. flemming bedauerte das fehlen einer wiener avantgarde sowie eines alternativen theaters, das in den menschen die bereitschaft zum kunsterlebnis weckt.

einen ueberblick ueber das programm der wiener festwochen gab gr. w i e s i n g e r (spoe). in diesem programm sei ein be- traechtlicher teil von dem, was die opposition nun vorschlaege, ohne- hin bereits enthalten. die bildung einer avantgarde in wien werde von der kulturverwaltung nicht verhindert. die wiener festwochen 1979 werden ein gesamtbild ueber die epoche zwischen 1848 bis 1918 bieten.

mehr selbstdarstellung und selbstverwirklichung der bezirke in kulturellen angelegenheiten forderte der josefstaedter bezirks- vorsteher k a s p a r e k (oevp) . die programmgestaltung der bezirkfestwochen sei eine gesellschaftspolitische aufgabe, die vor allem von den bezirken selbst geloest werden sollte.

in ihrem s c h l u s s w o r t bekundete gr. gertrude s t i e h l die bereitschaft zur diskussion ueber die durchfuehrung von bezirkfestwochen, wies aber darauf hin, dass eine gewisse zentralisation unerlaesslich sei, da die festspiele sonst zer- flattern wuerden. stiehl bedauerte, dass die oevp trotz mehr-



maliger bitten an der kulturarbeit des neu gegruendeten bezirkskulturvereins donaustadt nicht teilnimmt. schoene worte seien fuer eine effektive kulturarbeit zu wenig.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.

(ba)

1333

wiener gemeinderat (7):

giacometti-ausstellung

13 wien, 29.1. (rk) fuer die ausstellung alberto giacometti, die bis 1. april im museum des 20. jahrhunderts zu sehen ist, sollen der ma 7 2,5 millionen s bewilligt werden: diesen antrag stellte gr. gertrude s t i e h l . (spoe)

prof. b i t t n e r (oevp) wandte sich gegen die bedeckung aus dem kulturschilling und stellte einen diesbezuglichen abaenderungsantrag. gr. stiehl betonte dazu, dass die ertraegnisse aus dem kulturschilling vorwiegend der altstadterhaltung zufließen, aber auch andere kulturanliegen finanziert werden koennen.

a b s t i m m u n g : abaenderungsantrag mit den stimmen der spoe abgelehnt, der antrag wurde mit den stimmen der spoe angenommen.

zusatzvereinbarung akpe

eine zusatzvereinbarung zu dem 1975 zwischen der republik oesterreich und der stadt wien abgeschlossenen syndikatsvertrag, betreffend die akpe, beantragte gr. m a y r h o f e r (spoe). mit dieser zusatzvereinbarung soll die zahl der aufsichtsratsmitglieder - derzeit verfuegt der aufsichtsrat ueber 8 mitglieder, von denen vier dem bund und vier der stadt wien angehoren - auf zehn aufgestockt werden, um auch dem bundesministerium fuer gesundheit und umweltschutz und der ma 17 die moeglichkeit zu geben, je einen aufsichtsrat zu entsenden.

seine fraktion haette einen zwischenbericht der akpe ueber den stand der bauarbeiten und die ueberlegungen bezueglich der finazierung fuer wichtiger gehalten, betonte gr. h i r n s c h a l t (fpoe). es scheine bisher die geschaeftsgruppe gesundheit und



soziales im aufsichtsrat der akpe nicht beruecksichtigt worden zu sein, er schlage daher eine neue aufteilung der aufsichtsratsraete vor. vier aufsichtsratsposten sollten auf die geschaeftsgruppe finanz und wirtschaft, gesundheit und soziales sowie bauten, die anderen vier auf das gesundheits-, das finanz-, das wissenschafts- und das bautenministerium aufgeteilt werden.

gr. L e h n e r (oevp) p) kritisierte zahlreiche umplanungen in den letzten jahren, die ebenso wie die zahlreichen expertengutachten kosten verursacht haetten. Lehner forderte unter anderem eine personalbedarfsprognose fuer das akh, mehr beruecksichtigung schulischer belange - so fehlten betriebstechniker - und urgierte einen bericht ueber die vogaenge beim bau des akh.

gr. mayhofer erwiderte in seinem schlusswort, der verlangte bericht ueber das akh liege bereits in rohfassung vor und werde in absehbarer zeit zur verfuegung gestellt werden. zur kritik des gr. hirnschall ueber die zusammensetzung des aufsichtsrats betonte mayrhofer, dass die ma 15 bereits jetzt in diesem gremium vertreten sei, der kuenftige benuetzer des akh, naemlich die ma 17, jedoch ebenfalls einen aufsichtsrat stellen solle. (hs)

#### donauinsel

gr. f r e i n b e r g e r (spoe) beantragte die genehmigung der geaenderten ausfuehrung der neuen donau und der donauinsel zwischen 1. wehr und absturzbauwerk und eine erweiterung des sachkredites fuer das baulos 1 des entlastungsgerinnes um 240 millionen schilling.

es besteht die gefahr, dass der bagger die planung einholt, erklarte gr. dr. m a y r (oevp). der antrag widerspricht teilweise den beschluessen der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission. unterhalb der steinspornbruecke kann der bagger wegen offener probleme mit der oemv nicht weiterarbeiten. es muss dafuer gesorgt werden, dass keine verzoegerungen eintreten. links der donau sinkt der grundwasserstand seit jahrzehnten. durch die bauarbeiten an der neuen donau wurde dies noch beschleunigt. mayr gab der hoffnung ausdruck, dass die expertemeinung richtig ist, dass sich der wasserstand nach der fertigstellung des projektes wieder hebt. es muss



staendig kontrolliert und dafuer Sorge getragen werden, dass im zuge von baumassnahmen nicht vom leitprojekt abgegangen wird. das organisationsproblem erfordert dringend eine loesung. der beirat ist im entscheidungsprozess naturgemaess schwerfaellig, die engagierte koordinierungsstelle hat kein weisungsrecht gegenueber den ausfuehrenden stellen. an stadtrat schieder richtete mayr die frage, ob es stimmt, dass wien sich um die internationale gartenschau 1984 beworben hat.

gr. freinberger (spoe) verwies in seinem s c h l u s s - w o r t darauf, dass die fertigstellung des entlastungsgerinnes den wasserstand der alten donau sichern wird.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts.)

1415

wiener gemeinderat (8):

psychosoziales zentrum in floridsdorf

14 wien, 29.1. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) beantragte, ein psychosoziales zentrum fuer den 20. und 21. bezirk, nicht wie urspruenglich vorgesehen, in der schliemanngasse in floridsdorf, sondern in der schoepfleuthnergasse zu errichten. stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) sprach sich fuer eine dezentralisierung der psychiatrie aus. der neue standort fuer das psychosoziale zentrum ist besser. man muesste jetzt schon mit der information der bevoelkerung beginnen, um angst und misstrauen abzubauen. durch eine rechtzeitige und gute information koennte man sich buergerinitiativen gegen so notwendige projekte ersparen.

stadtrat stacher erklaerte in seinem s c h l u s s w o r t , dass noch in der maerzsitzung dieses jahres dem gemeinderat ein zielplan fuer die psychiatrische versorgung wiens vorgelegt wird. der oevp-vorschlag, eine auslaendische expertenkommission einzusetzen, kommt zu spaet. am zielplan haben natuerlich namhafte experten mitgearbeitet.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

1417



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

medizinwissenschaftlicher fonds

15 wien, 29.1. (rk) gr. franziska f a s t (spoe) beantragte die abaenderung der statuten des medizinwissenschaftlichen fonds, wonach das vermoegen bei aufloesung des fonds auf die krankenanstalten der stadt wien uebergehen sollte.

gr. gertrude h a e r t e l (oevp) kritisierte, dass die finanzielle bedeckung fuer den fonds im jahre 1978 nicht gegeben war. im budget waren fuer 1978 nur 600.000 schilling ausgewiesen, fuer 1979 10,6 millionen. es stelle sich die frage, aus welchen mitteln der fonds 1978 gespeist wurde.

stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r (spoe) stellte fest, dass 1978 10 millionen auf ein fondseigenes konto eingegangen seien, 1979 ein betrag in der gleichen hoehe. unter anderem stehe das geld zur foerderung von forschungsarbeiten zur verfuegung. bis jetzt seien 70 arbeiten eingelaufen, die von begutachtern beurteilt werden. nach abschluss der gutachten werden die foerderungssummen entsprechend vergeben. der vorwurf der opposition, der fonds sei als wahlpropaganda gegrundet worden, ist eindeutig abzulehnen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde mit stimmenmehrheit angenommen.

flaechenwidmungs- und bebauungsplan fuer kaiser-ebersdorf

die neufestsetzung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer kaiser-ebersdorf beantragte gr. o b l a s s e r (spoe). gr. p a w k o w i c z (fpoe) stellte zu diesem antrag mangelnde information der bevoelkerung fest. 1973 habe das kulturamt bereits die errichtung einer schutzzone beantragt, ende 1978 sei die oeffentliche auflage erfolgt, ohne dass die anrainer eine entsprechende vorinformation erhalten haben. der presse- und informationsdienst der stadt wien habe die moeglichkeiten zur information ebenfalls nicht ausgeschoefft. in seinem s c h l u s s - w o r t stellte gr. oblasser (spoe) fest, dass die bezirksver-



setzung des 11. bezirks der fachbeirat fuer stadtplanung, der gemeinderatsausschuss fuer stadtplanung und der stadtsenat dem abänderungsantrag einhellig zugestimmt haben. 16 personen haben waehrend der oeffentlichen auflage von ihrem recht zur stellungnahme gebrauch gemacht.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts.)

1448

wiener gemeinderat (10):

austria-wochenschau

16 wien, 29.1. (rk) den antrag, das jahresentgelt fuer die staendige berichterstattung der austria-wochenschau ueber kommunale ereignisse in wien von 4,2 auf 4,4 millionen s zu erhoehen, stellte gr. l u s t i g (spoe).

die forderung nach freiem, unabhaengigem und objektivem journalismus werde durch den zwischen austria-wochenschau und stadt wien abgeschlossenen vertrag nicht erfuehlt, stellte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) dazu fest, da die propagandaabteilung ma 53 entsprechend dem vertrag vorschreibe, worueber und in welcher laenge die austria-wochenschau zu berichten habe. die entsprechenden beitraege seien jedoch pr-beitraege und muessen als solche gekennzeichnet werden.

berichterstatter gr. lustig erwiderte, dass die stadt wien der austria-wochenschau wohl veranstaltungen und themen bekanntgebe, jedoch keinen einfluss auf die berichterstattung nehme, sondern darueber freie journalisten der wochenschau entscheiden. die republik oesterreich wie auch die stadt wien stellten der wochenschau geldmittel zur verfuegung, da sie durch den verleih moeglicherweise nicht jene mittel habe, die fuer die freie arbeit notwendig seien.

daraufhin meldete sich gr. bauer (fpoe) zu einer berichtigung und verwies dabei auf einen paragraphen des vertrags, der sich auf die durch die wochenschau zu erbringenden leistungen - laenge der jaehrlichen dokumentation - bezieht.

./.



in die journalistische taetigkeit der austria-wochenschau greife die stadt wien nicht ein, betonte stadtrat s c h i e d e r (spoe) in seinem debattenbeitrag. von der austria-wochenschau werden sowohl das thema wie auch der umfang des berichts festgelegt. ebenso entscheide die wochenschau ueber die art und weise der regie, der kamerafuehrung, ueber den schnitt, ueber die herstellung des manuskripts und die gestaltung des beitrags. die stadt wien sichere sich lediglich sozusagen teile der herausgeberrechte. die journalistische freiheit der gestaltung werde nicht beeinflusst. der presse- und informationsdienst der stadt wien schneidet weder die beitraege, noch beeinflusst er deren text. und er zensuriert sie selbstverstaendlich nicht.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen.

#### subventionen

subventionen in der hoehe von rund 13,7 millionen schilling fuer verschiedene vereinigungen - darunter das ludwig boltzmann-institut fuer rheumatologie und balneologie, der verein 'jugend am werk' und das institut fuer hoehere studien und wissenschaftliche forschung - beantragte stadtrat m a y r (spoe).

er begruesse namens seiner fraktion zwar die subventionierung auch ausseruniversitaerer forschungseinrichtungen, betonte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe). in der liste der subventionierten vereinigungen fehle jedoch die vielleicht bedeutendste oesterreichische institution, naemlich die oesterreichische akademie der wissenschaften.

eine arbeitsteilung zwischen bund, laendern und gemeinden sei auch auf dem gebiet der foederungen notwendig, erwiderte stadtrat mayr im s c h l u s s w o r t . die stadt wien selbst stelle jene betraege zur verfuegung, die notwendig seien, um den betrieb derartiger forschungsinstitute aufrechtzuerhalten. keinesfalls werden foederungsmittel so vergeben, dass ein institut mit geldern der oeffentlichen hand finanzielle reserven anlegen koenne.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen von spoe und oevp angenommen. (hs) (forts.)



## wertpapier-ankauf

gr. b u s t a (spoe) stellte den antrag, den ankauf von schuldverschreibungen staedtischer anleihen sowie sonstiger festverzinslicher wertpapiere durch den magistrat zu genehmigen. schon in der budgetdebatte wurde von der fpoe ein abaenderungsantrag auf streichung dieses budgetansatzes eingebracht, stellte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) fest, die aufgabe der kurspflege koennte durch kreditinstitute und durch die staedtische versicherung wahrgenommen werden.

in der budgetdebatte wurde von der oevp eine reihe von alternativen vorgelegt, erklaerte gr. dr. w o e b e r (oevp). bei drei antraegen im wohnhausbereich wurde die bedeckung aus dieser budgetpost vorgeschlagen. in der gegenwaertigen situation ist es nicht notwendig, 200 millionen schilling fuer den ankauf von wertpapieren vorzusehen. zur hebung der wohn- und lebensqualitaet waere das geld besser angelegt.

gr. busta (spoe) stellte in seinem s c h l u s s w o r t fest, dass der ankauf von wertpapieren nur erfolgt, soweit er aufgrund der marktlage zu guenstigen bedingungen moeglich ist.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.  
(ger) (forts.)

1527

wiener gemeinderat (11):

dringliche anfrage zu umbildung des stadtsenates

17 wien, 29.1. (rk) die oevp stellte an buergermeister leopold g r a t z die dringliche anfrage, welche umbildung des wiener stadtsenates geplant ist, welche vorstellung ueber eine neue ressort- und geschaeftseinteilung bestehen und ob der buergermeister selbst ressortmaessige agenden uebernimmt. stadtrat dr. g o l l e r (oevp) begruendete die anfrage damit, dass der gemeinderat als beschlussfassendes organ ein recht auf eine ausfuehrliche information hat und dass man im gemeinderat darueber ausfuehrlichst debattieren sollte .

/.



stadtrat dr. goller erklarte in seinem debattenbeitrag, dass die mangelnde entscheidungsfreudigkeit des buergermeisters zu einer regelrechten arbeitspause im rathaus gefuehrt hat. die bevoelkerung hat ein recht auf eine konzeptiv arbeitende stadtverwaltung, derzeit herrscht nur ein "tohuwabohu". die probleme mit den gasrohren, mit den spitaelern, mit dem verkehr, mit den wohnungen und grundstuecken und die frage der verschleuderten steuergelder harren der loesung. die spoe-interne diskussion sollte die arbeit im rathaus nicht tangieren, das rathaus braucht ein arbeitsfaehiges team. (sei)

die bedeutendste frage stelle sich derzeit, ob eine grosse koalition wieder hergestellt werde, wie dies aus andeutungen aus der presse, vom buergermeister selbst, vom finanzstadtrat und vom klubobmann hervorgehe stellte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) fest. der stadtsenat vom november waere dann neuerlich ein stadtsenat auf abruf gewesen, da eine neue ressort- und kompetenzverteilung erfolgen muesste. hirnschall stellte die frage nach einer moeglichen grossen koalition sowohl an den buergermeister als auch an vizebuergermeister dr. busek (oevp) und bedauerte dessen abwesenheit waehrend der wichtigen debatte.

gr. f u e r s t (oevp) betonte, dass die oevp eine mitbestimmung in der verwaltung auf grund der verfassung anstrebe, wie dies derzeit in sieben bundeslaendern ausgeuebt wird, dass aber seine partei keinen kniefall vor der spoe bezueglich einer koalition mache. ebenso wie sein fraktionskollege dr. goller forderte fuerst den buergermeister auf, den gemeinderat ueber die kuenftige einteilung der verwaltung und der personellen besetzung zu informieren. die frage, wie der weg zu einer buergernahen verwaltung ausschaue, sollte endlich beantwortet werden. die denkphase sei zur unzumutbaren atempause geworden, die amtsfuehrenden stadtraete haben ihre energie nicht fuer die arbeit verwendet, sondern nur zur partei-internen selbstverteidigung verbraucht. wie es mit dem kulturressort, dem planungsressort und den wiener stadtwerken weitergehen soll, sei voellig offen. die oevp fordere eine klare erklaerung fuer die zukunft im gemeinderat. (ba)

(forts)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

dringliche anfrage (forts)

18 wien, 29.1. (rk) in einer wortmeldung stellte buergermeister Leopold gratz fest, dass die arbeit in wien im geiste jener grossen idee fortgesetzt werden wird, die - mit unterbrechung in den jahren der diktatur - seit 61 jahren das schicksal dieser stadt bestimmt. die oevp sollte nach 61 jahren endlich zur kenntnis nehmen, dass die zugehoerigkeit zur oevp beziehungsweise zur christlich-sozialen partei nicht mehr voraussetzung dafuer ist, eine funktion in dieser stadt auszuueben.

wuerde ich im gleichen stil antworten, in dem die anfrage gestellt ist, erklarte gratz, so koennte ich sagen, dass ich verpflichtet bin, innerhalb von zwei monaten zu antworten. er werde dies jedoch schon nach 16 tagen, naemlich in der gemeinderats-sitzung vom 14. februar tun. in dieser gemeinderatssitzung wird auch ein ausfuehrlicher rechenschaftsbericht vorgelegt werden. es wird oft gesagt, dass man die wuerde des gemeinderates nicht strapazieren sollte. es wurde mit deutlichkeit gesagt, dass am 1. februar die gremien der spoe die beschluesse ueber die sachentscheidungen und ueber den stadtsenat fuer die ganze folgende arbeitsperiode treffen werden. die anfrage drei tage vor diesem termin erinnert daher an ein gespenstisches theaterspiel. jeder einzelne der amts-fuehrenden stadtraete hat bewiesen, dass er seine ganze kraft in seine arbeit investiert hat. gratz betonte, dass er jedem einzelnen dafuer dankbar sei.

er sei, da nicht gemeinderat, nicht immun. deshalb sage er an die adresse dr. gollers: was sie fuenf jahre lang mit praesident suttner aufgefuehrt haben, das muesste ihnen die schamroete ins gesicht treiben, weil es naemlich ehrabschneiderei sei (rufz).

unter "denken" muesse sich die oevp offenbar etwas ganz furchtbares vorstellen, erklarte gratz. fuer die spoe sei dafuer weder eine "pause" noch eine "phase" notwendig, sondern es wurde zu einer diskussion darueber aufgerufen, was man ueber die



erfuellung des arbeitsprogrammes, das die zustimmung von 57 prozent der wiener gefunden hat, hinaus noch besser machen koennte. ich bin stolz darauf, erklarte gratz, einer partei anzugehoeren, deren mitglieder in einer dreimonatigen diskussion mehr ideen hervorgebracht haben als die oevp in zehn jahren. diese diskussion wird termingemaess abgeschlossen, und die gremien jener partei, welche die mehrheit in dieser stadt hat, werden die ersten sein, die darueber entscheiden, was geschieht, und die als erste meine vorstellungen erfahren, schloss buergermeister gratz. (ger)

als letzter redner der oeffentlichen sitzung meldete sich vbgm. dr. b u s e k (oevp) zu wort. zum debattenbeitrag von dr. hirnschall (fpoe) erklarte busek, dass die weitere ausgestaltung der wiener stadtverfassung ein entscheidender punkt bei den verfassungsgespraechen gewesen sei, jedoch niemand von einer grossen koalition gesprochen habe.

am 14. februar sei fuer den gemeinderat jedenfalls lediglich die ratifizierung der in der denkphase entstandenen vorschlaege moeglich, kritisierte busek. dem prestige des wiener gemeinderats sei man es jedoch schuldig, dass ueber die entsprechenden vorstellungen der wiener spoe eine oeffentliche diskussion im gemeinderat stattfindet. mit der dringlichen anfrage an den buergermeister wollte seine fraktion weitere denkanstoesse geben. er hoffe jedenfalls, dass die ergebnisse der denkphase am 14. februar dazu fuehren, dass fuer wien eine gedeihliche arbeit geschehe und entscheidungen gefaellt werden. (hs) (schluss)

+++ ende des sitzungsberichtes +++

1626



k o m m u n a l :

=====

wieden will vorrang fuer wohnungen

7 wien, 29.1. (rk) der bezirksvertretung wieden lagen antraege betreffend aufhebung und neufestsetzung des flaechenwidmungs- und bebauungsplans fuer zwei gebiete, eines davon zwischen karlsplatz, lothringerstrasse, schwarzenbergplatz, prinz eugen-strasse, belvederegasse, favoritenstrasse und wiedner hauptstrasse sowie die festsetzung einer schutzzone fuer teile dieser gebiete zur stellungnahme vor. dabei wurde von den bezirksraeten einhellig die ueberpruefung der widmung "w" (wohnen) verlangt. die bezirksvertretung moechte in der widmung verankert haben, dass "in wertvollen wohngebieten buero- und geschaeftsraeume nur bis zu einer hoehe von fuenf meter des jeweiligen gebaeudes errichtet werden duerfen".

die bezirksraete aller fraktionen begruenden diese forderung mit dem argument, dass wieden zu jenen wiener bezirken gehoert, die einen nicht unbedeutenden bevoelkerungsrueckgang zu verzeichnen haben, der zu einem erheblichen teil auf die errichtung von buerohausern an stelle von alten, abgerissenen wohnbauten zurueckzufuehren ist. (am)

1228

entschaedigungen fuer schneeschaufler erhoehrt

8 wien, 29.1. (rk) mit sofortiger wirkung sind die entschaedigungen fuer schneearbeiter, die im bedarfsfall von der gemeinde aufgenommen werden, erhoehrt worden: die tagesstunde von 25 auf 27 schilling, die nachtstunde von 28 auf 30 schilling. diese massnahme wurde getroffen, um arbeitswilligen fuer die im winterdienst so wichtige taetigkeit des schneeschaufelns mehr anreiz zu bieten. (w-z)

1235

nnnn